LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
19. Wahlperiode

Drucksache 19/**616**
02.09.2026

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Lea Heidbreder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels – Antragsstopp

Die Folgen der Klimakrise stellen Länder und Kommunen vor wachsende Herausforderungen. Hitzeperioden, Dürren, Starkregen und Hochwasser gefährden die Gesundheit der Bevölkerung, die kommunale Infrastruktur sowie Natur und Ökosysteme. Das Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG) setzt hierfür einen verbindlichen Rahmen und sieht unter anderem die Aufstellung von Klimaanpassungskonzepten auf kommunaler Ebene vor.

Das Förderfenster zu Maßnahmen des Natürlichen Klimaschutzes und naturbasierten Lösungen im Rahmen der Förderrichtlinie Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (DAS) wurde am 5. August 2025 geschlossen. Damit besteht für Kommunen, die Klimaanpassungskonzepte erarbeiten oder ein Klimaanpassungsmanagement aufbauen wollen, eine erhebliche Förderlücke. Zugleich verdeutlichen die vom Robert Koch-Institut ermittelten hitzebedingten Sterbefälle die Dringlichkeit wirksamer und schnellerer Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen. In Rheinland-Pfalz waren nach entsprechenden Schätzungen 1 600 hitzebedingte Todesfälle zu verzeichnen, bundesweit rund 14 000 (Stand 20. August 2026).

Mit dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) hat die damalige Landesregierung in der vergangenen Wahlperiode bereits kommunale Investitionen in den Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 4. September 2026

unterstützt. Die neue Landesregierung hat sich jedoch bisher nicht für eine Fortsetzung oder Neuauflage des KIPKI-Programms ausgesprochen.

Vor dem Hintergrund des geschlossenen Förderfensters auf Bundesebene stellt sich die Frage, wie das Land an diese Förderung anknüpfen und die Kommunen beim Aufbau und bei der Verstetigung dauerhafter Strukturen zur Klimaanpassung unterstützen möchte.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie plant die Landesregierung die in § 12,1 KAnG geregelte Festlegung von Klimaanpassungskonzepten vor Ort in landesrechtliche Vorgaben umzusetzen?
2. Wie viele Anträge aus Rheinland-Pfalz wurden im Förderfenster der DAS-Förderrichtlinie ab dem 15. Mai 2025 bis zu dessen vorzeitiger Schließung am 5. August 2025 gestellt (bitte, wenn möglich, nach Landkreisen und kreisfreien Städten und bewilligtem Fördervolumen aufschlüsseln)?
3. Welche Maßnahmen haben die Kommunen mit KIPKI zur Klimaanpassung umgesetzt (bitte, wenn möglich, nach Landkreisen und kreisfreien Städten sowie jeweils nach Höhe des Fördervolumens aufschlüsseln)?
4. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Förderinstrumenten plant die Landesregierung, Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung von Klimaanpassungskonzepten angesichts der derzeit nicht möglichen Antragstellung im DAS-Förderprogramm des Bundes zu unterstützen?
5. Welche kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz verfügen derzeit über ein Klimaanpassungskonzept beziehungsweise haben ein solches in Erarbeitung (bitte, wenn möglich, nach kommunalen Gebietskörperschaften und jeweiligem Stand aufschlüsseln)?
6. Welche kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz haben ein Klimaanpassungsmanagement eingerichtet (bitte, wenn möglich, nach kommunalen Gebietskörperschaften und jeweiligem Stand aufschlüsseln)?
7. Mit welchen Maßnahmen plant die Landesregierung, die Einrichtung und dauerhafte Finanzierung von Stellen für Klimaanpassungsmanagerinnen und Klimaanpassungsmanager in rheinland-pfälzischen Kommunen zu unterstützen?

Dr. Lea Heidbreder